



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



Nr. 2 / April 2019

www.prodemokratie.com

Podiumsdiskussion

EU auf dem Weg zur Kriegsunion Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

- **Thomas Roithner**
Friedensforscher
- **Franz Sieder**
Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi
- **Sara Tavares da Costa**
Young European Socialists
- **Marcus Strohmeier**
Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)
- **Michael Kösten**
Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

Do., 9. Mai 2018 – 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

Um Anmeldung wird ersucht: ggae@gmx.at
Freier Eintritt, Spenden erbeten. Erfrischungen frei

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion – Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Seit 1955 ist Österreich ein neutraler Staat. Das wurde am 26. Oktober 1955 mit dem österreichischen Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen: (kurz Neutralitätsgesetz)

Artikel 1: Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird dies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

Artikel 2: Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen

Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.

Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden, nie wieder an Kriegen teilnehmen zu wollen.

90% der Österreicherinnen und Österreicher sind heute für die Beibehaltung der Neutralität.

Doch seit Jahren wird die Neutralität von unseren Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von der USA dominierte NATO frei zu haben. Sie scheren sich nicht um das Neutralitätsgesetz, um die Verfassung, für sie endet ihr Demokratieverständnis wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, die sie vertreten. Die Regierenden haben schon mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikel 23 f im Jahre 1998 einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UN-Mandat zugestimmt. Sie haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt u.a. dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben solle. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie fördern. Unsere Regierung hat 2017 den sog. **PESCO-Vertrag**, d.h. ein militärisches Kerneuropa, unterschrieben. Danach verpflichten sich die unterzeichneten Staaten erstens das Heeresbudget auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen, d.h. für Österreichs Heer von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache). Zweitens verpflichtet die EU-PESCO uns „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, d.h. Soldaten in globale EU-Krisen – und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder

und das Leben unserer Soldaten für EU-Kriege bereitzustellen. Drittens verpflichtet die EU uns außerdem für die Europäische Rüstungsunion zu zahlen. Z.B. sollen für den Europäischen Verteidigungsfond (EVF), d.h. u.a. für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern im EU-Haushalt 2021 bis 2027 insgesamt bis zu 13 Milliarden zur Verfügung gestellt werden. „Diese 13 Milliarden Euro müssen um die Beiträge der Mitgliedsstaaten ergänzt werden, woraus sich bei Ausschöpfung aller Gelder ein Budget von 48 Milliarden Euro ergibt“. (IMI-Analyse 12/2018). Diese drei sogenannten Verpflichtungen des PESCO-Vertrags, die die Regierung unterschrieben hat, sind mit der österreichischen Neutralität völlig unvereinbar und daher politischer Landesverrat. Das heißt, wir dürfen wegen unserem Neutralitätsgesetz gar nicht mitmachen. Warum geschieht das dennoch? Weil sich unsere Regierung wieder einmal den Konzern - und Militärinteressen der EU vorseilend unterordnet.

Doch geht es nach dem Willen unserer Regierenden sollen wir Österreicher so wie die Völker der meisten EU-Staaten die Aufrüstung zahlen und wieder mitmachen.

Für die USA ist die EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent um Märkte, um Rohstoffquellen und Einflussphären.

Die in Europa führende Wirtschaftsmacht Deutschland setzt zusammen mit Frankreich zunehmend auch auf die militärische Karte. Unter dem Vorwand den Terror zu bekämpfen, den Völkern Freiheit und Demokratie zu bringen bzw. zu bewahren, geht es Ihnen darum, Märkte zu sichern und auszubauen, geht es Ihnen um Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussphären. Es wird auch in Europa aufgerüstet wie noch nie zuvor. Es geht um Kriegspläne - um Krieg für noch mehr Profit. Die EU ist kein Friedensprojekt, sie ist ein Kriegsprojekt. Um Kriege zu legitimieren und zu finanzieren, bauen die Herrschenden Feindbilder, innere und äußere Bedrohungsszenarien auf.

Zu den **inneren Bedrohungsszenarien** zählt bei uns die allgegenwärtige „Terror-Islam-Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer“-Ablenkungspropaganda. Die täglichen Angstmacherei vor Flüchtlingen und Hetzkampagne gegen den Islam liefert den Vorwand zum Ausbau des Polizei- und Militärapparates zu unser aller „Sicherheit“.

Kampfhubschrauber, Radpanzer und Eurofighter statt Sicherung einer anständigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Gleichzeitig soll das Schüren von Angst und Unsicherheit bzw. das

Schaffen von Sündenböcken die unsoziale Politik der Regierung verschleiern. (12 Stunden Tag, 60 Stunden Woche, Zerschlagung der Sozialversicherung, Kürzung der Mindestsicherung usw.) Betroffen von dieser Politik ist die Masse der wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck stehenden Bevölkerungsschichten also zum größten Teil die ÖsterreicherInnen. Gegenüber einer realen inneren Bedrohung von rechts sind die Regierenden hingegen blind.

Äußere Bedrohungsszenarien

Als Hauptfeinde werden, neben dem Islam, seit Jahren Russland und China genannt.

US-Vizepräsident M. Pence bezeichnet den „islamistischen Terrorismus als Hauptfeind“, der die westliche Zivilisation zu zerstören bestrebt sei. Der Islam als Ganzes, fast zwei Milliarden Menschen, wird seit langem diffamiert. Dabei haben die USA selbst schon vor 10 Jahren die Al-Quaida und den IS als hochbezahlte Söldner-armee geschaffen, um sie zum Sturz der USA nicht genehmer Regierungen einzusetzen. Russland ist fast völlig von NATO-Staaten umzingelt, von diesen sind zig Atomraketen auf Russland gerichtet, auch von Europa aus. China galt schon bei Georg Bush (2001) für die USA als strategischer Konkurrent, den sie einkreisen d.h. bedrohen. Die US-Pazifik Flotte hat 180 Kriegsschiffe, 2000 Flugzeuge und 140.000 Soldaten. Bis 2020 sollen 60% der gesamten US-See-streitkräfte im Asien-Pazifik Raum stationiert werden.

In der EU sind seit langem Frankreich und nun auch Deutschland, u.a. unter dem Vorwand „Islamisten“ zu bekämpfen, auf Eroberungskurs in Afrika. Frankreich ist dort verstärkt in den Ländern der Sahelzone (z.B. Mali, Niger, Tschad u.a.) aktiv um dort wertvolle Bodenschätze wie z.B. auch ca. 50% seines Uranbedarfs auszubeuten. Unter EU-Flagge „unterstützt“ Deutschland Frankreich in Mali bei einer UN-Kriegsmission und ist dort seit 2017 mit 1000 Soldaten, Drohnen und Kampfhub-schraubern bei seinem bisher gefährlichsten militärischen Einsatz dabei. Auch Deutschland hat Afrika als vorrangiges Ziel seiner wirtschaftlich/ militärischen Expansion! Die EU unter der Feder-führung

Deutschlands hat neben Afrika Interessen an allen ihren Außengrenzen (vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittel-meer), im mittleren Osten und in Teilen von Asien (die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region bis weit nach Ostasien, wo es u.a. darum geht, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren).

Die Hauptbedrohung geht von den in wirtschaftlicher und militärischer Konkurrenz stehenden imperialistischen Staaten aus. Die USA ebenso wie die europäischen Großmächte riskieren heute wieder Kriege, auch bei uns. Europa droht heute neuerlich Schauplatz eines neuen großen Krieges zu werden, auch mit Atomraketen. Die europäischen Völker sind die Leidtragenden. Unsere Regierenden wollen uns in so einen Krieg wieder einmal mit hineinziehen. Das ist mit unserer staatlichen Souveränität bzw. Neutralität völlig unvereinbar.

Wenn wir wieder mitmarschieren, können wir selbst Zielscheibe werden. Wir dürfen da nicht mitmachen.

Nie wieder Krieg – Neutralität statt Mitmarschieren

P.S.:

Eine repräsentative Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), der Lobby-Organisation der EU in Österreich, ergab im Februar 2019 u.a.: 68% der Österreicher sind nicht für militärische Maßnahmen der EU bei Krisen und Konflikten in der Welt, nur 21% sind dafür. Also die Österreicher sind zu fast 70% gegen eine EU-Armee!



Klimaheuchelei

Bekanntlich finden seit einiger Zeit jeden Freitag „Klimastreiks“ von Schüler*innen statt. Während die einen ein Verbot fordern, gibt sich Verkehrsminister Hofer als kreidefressender Wolf. In einem „Heute“-Interview sagt er: „wäre die Klimademo an einem Samstag, würde ich mitgehen“ (Heute, 10. 4. 2019). Am Freitagabend des 5. April fand z.B. in Wien ab 17.00 Uhr eine Klimademo statt. Sozusagen nach Betriebsschluss. Minister Hofer ward nicht gesehen. Aber vielleicht hat er das Wort Streik nur falsch verstanden. Er streikt eben, wenn es um Klimaschutz geht und geht nicht hin.

Klimakatastrophe: Protest weltweit

Ob Sturm, Hochwasser oder Trockenheit – die Wetterextreme nehmen zu. Auch bei uns sind die Folgen hautnah spürbar. Die Klimakatastrophe findet statt. Dagegen hat sich in den letzten Monaten weltweit und auch in Österreich massiver Widerstand erhoben. Die Jugend sagt völlig zurecht, es gibt nur eine Erde!

Profit – Macht – Klimakatastrophe

Als größte Umweltverrichter gelten das Agro-Business, die Energiekonzerne und die Transportindustrie. Statt wirksame Reduktionsmaßnahmen zu setzen, geben die Regierungen den Industrielobby nach und machen die Klimapolitik zunehmend zu einer weltweiten „Klimabörse“, lassen also auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ ähnliche Zustände zu wie zuvor in der Wirtschaftspolitik mit den für die arbeitenden Menschen verheerenden Ergebnissen für Leben und Arbeit. Wenn nicht bald wirksame Maßnahmen gesetzt werden, ist die katastrophale Klimaerwärmung unumkehrbar.

Verleugner – Verharmloser – Vereinnahmer

Um den Protest zu schwächen wird einerseits verbreitet, der Klimawandel beruhe nur auf Fehlberechnungen oder z.B. die Atomkraft sei ein Ausweg. Doch Atomkraft ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems! Andererseits behaupten Regierende und Medienkonzerne die Klimaerwärmung sei nicht so schlimm oder man könne eh nichts dagegen tun. Sie versuchen den Klimaprotest schlecht zu machen oder durch Vereinnahmung zu schwächen wie z.B. durch Einladungen auf Tagungen und Konferenzen, durch medienwirksame Auszeichnungen oder „Lichtabschaltungen“ usw. Hinter den Leugnern des Klimawandel stehen große Industrielobby.

Stopp der Klimaerwärmung ist

- für Mensch und Umwelt unverzichtbar
- eine energiepolitische Notwendigkeit
- volkswirtschaftlich nutzbringend

Ein Umschwenken auf nachhaltiges Wirtschaften, das die soziale, ökologische und ökonomische Dimension im Sinne Ressourcen schonender Bereitstellung von langlebigen Produkten und Dienstleistungen zum Ziel hat, ist notwendig. Nur eine radikale Abwendung von der an der Profitmaximierung ausgerichteten Über- und Wegwerfproduktion kann ein erster Schritt aus der drohenden Klimakatastrophe sein.

Wirklicher Umwelt- und Klimaschutz ist möglich

Das Geld ist da. Es ist bei den Konzernen. Aber da Profitmacherei nicht von selbst auf Profit verzichtet, sich nicht mit weniger Profit zufriedengibt, kann nur eine **Non-Profit-Gesellschaft der Ausweg im Interesse der Menschen sein!** Denn die Profitwirtschaft verursacht nicht nur den Klimawandel und die Umweltzerstörungen, sondern vernichtet zunehmend die Existenz der Menschen durch Arbeitsstress, Lohndumping, Prekarisierung, Armut, Flucht und Kriege.

Sozial- und Demokratieabbau, Klimakatastrophen und Umweltzerstörung haben dieselben Verursacher: die Profitwirtschaft! Dagegen helfen nur der gemeinsame Protest und Widerstand von Jung und Alt, egal wo und wie sie arbeiten und leben.

Der Hut brennt: „Klimakonferenzen“ und Schönreden wurden schon genug gehalten. Jetzt muss dringend gehandelt werden!
Unser Widerstand ist unsere Chance!



**Solidarität
Widerstand
Klimaschutz**



Das obige Flugblatt haben wir auf der Klimademonstration verteilt. Seit Anfang des Jahres haben Zehntausende, vor allem junge Menschen, gegen die Klimakatastrophe und das Nichtstun der „Entscheidungssträger*innen“ demonstriert.



Am 15. März demonstrierten rund 30.000 Menschen

Republik – auf dem rechten Auge blind

Was sich Ende März, Anfang April 2019 in Österreichs nach dem Bekanntwerden der Spende des Christchurch-Attentäters an die Organisation der rechtsradikalen „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) abspielt, ist einer interessierten Öffentlichkeit längst bekannt: Die enge Verbindung und zum Teil Verschränkung der FPÖ-Regierungs-partei mit rechten und rechtsextremen politischen Organisationen. Laut „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW) handelt es sich bei der IBÖ „um eine rechtsextreme Jugendorganisation mit vielfältigen faschistischen Anklängen in Theorie, Ästhetik, Rhetorik und Stil.“

Der jetzige Aufschrei der Regierung und der Mainstream-Medien ist verlogen. Sowohl die versuchte „Abgrenzung“ der FPÖ als auch die „scharfe Kritik“ des ÖVP-Bundeskanzlers Kurz ist nicht glaubhaft. Seit Jahren ist bekannt, dass die FPÖ, die frühere Oppositionspartei und der nunmehrige kleinere Koalitionspartner, engste Kontakte zu Rechten und Rechtsextremen hatte und hat. Auch die ÖVP-Kanzlerpartei, die sich seit 2017 als Türkise, „neue ÖVP“ darstellen will, ist rechtskonservativ, warnt wie die FPÖ vor der „Überfremdung“ und befüllt offene Posten in Kanzleramt, Ministerien und staatsnahen Firmen und Institutionen mit „ihren Leuten“ aus dem rechtskatholischen Bereich, etwa aus Kartellverbänden oder mit Nähe zu Opus Dei.

Schon vor einigen Monaten flog ein rechtsradikaler „Bewacher“ auf, der für die „Sicherheit“ des BVT-Untersuchungsausschusses und des Parlaments (damit z.B. auch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka) zuständig und von einer privaten „Sicherheitsfirma“ angestellt war. Schon zuvor wurde bekannt, dass rechte Recken mitten in Ministerien und Parteien sitzen – Stichwort „Burschenschafter“, aber eben auch sogenannte „Identitäre“ und es vielfache Verbindungen zu rechten Szene gibt.

Der jetzige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl trat im Jahr 2016 als prominenter Redner bei der Veranstaltung der „Identitären“ in Linz, genehmigt vom Land Oberösterreich (unter einem ÖVP-Landes-hauptmann) auf. Beim diesem Kongress der "Verteidiger Europas" der Identitären im Jahr 2016 in Linz begrüßte der jetzige Innenminister Kickl das anwesende Publikum mit folgenden Worten: „*Es ist für mich sehr angenehm, schon nach den ersten Vorgesprächen und auch jetzt, wenn ich hier hinunterschaue: Das ist ein Publikum, wie ich es mir wünsche und wie ich es mir vorstelle.*“ (Heute, 29.3.2019)

Der jetzige FPÖ-Vizekanzler der Republik Österreich, Heinz C. Strache, saß im Jahr 2015 mit prominenten Identitären an einem Tisch und stellte dies als Zufall hin. Andere FPÖ-Spitzenrepräsentanten wie der FPÖ-Klubobmann im österreichischen Parlament, Walter Rosenkranz, bezeichnen „Identitäre“ etwa als „erfrischend“ und „charmant“ (Kurier, 3.4.2013) oder wollen sich wie der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister, nicht von den „Identitären“ distanzieren (Kronen-Zeitung, 6.4.2019). Und der FPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl im Mai, Harald Vilimsky, soll das rechts-extreme Magazin „info-Direkt“ mit Steuergeld finanziert haben (www.kontrast.at, 25. 2. 2019)

Damit nicht ans Tageslicht kommt, was jetzt durch die Spende des Christchurch-Attentäters an die IBÖ doch breit publik wurde, die engen Kontakte und Verschränkungen zu den Rechtsextremen, baute und baut der FPÖ-Innenminister das BVT um. Er säubert(e) es von meist schwarzen, aber auch roten BeamtenInnen, die gegen Rechtsextremismus ermittelten, um die Verbindungen zwischen FPÖ und Rechten zu vertuschen. Parallel dazu wurden und werden rechte Recken in Nadelstreif in Amt und Würden gehoben. ÖVP-Kanzler Sebastian schwiag bis zuletzt dazu. Jetzt, wo der ÖVP aus Machterhalt die FPÖ- und rechten Umtriebe zu dreist wurden, musste der Kanzler in Worten Kontakte zu Rechtsextremen und Rechten in Institutionen der Republik verurteilen. Was aber auch heißt, dass diese eben bereits dort sitzen. Auch im Militär sind rund 70 Personen bis zu Offizieren als Identitäre bekannt. Der ebenfalls von der FPÖ gestellte Verteidigungsminister, zuständig für das Bundesheer, will diese nun „genau beobachten“. Innenminister Kickl sagt zu Identitären in der Polizei lapidar: „Wir schauen danach“ (Österreich, 7.4.2019). Aha. Und, das wars?

Der wichtigste Teil des Staatsapparates ist mittlerweile in FPÖ-Hand. Mario Kunasek: Militär; Herbert Kickl: Polizei/Inneres; Josef Moser (früher FPÖ, jetzt ÖVP): Justiz; Norbert Hofer: Verkehr und Infrastruktur – auch ein wichtiges Ministerium, um allfällige Pläne von Militär- und Polizeiministerium gegen die Bevölkerung umzusetzen.

Die Unterwanderung von Staat und Gesellschaft ist das ausdrückliche Programm der IBÖ. Laut „Kurier“ vom 7.4.2019 geht aus den Dokumenten des Prozesses gegen die IBÖ im Jahr 2018 „*nicht nur die militärische Verfasstheit*“ hervor und „*lassen zudem ernste Zweifel an der Behauptung aufkommen, dass Freiheitliche und Identitäre ideologisch wie*

organisatorisch rein gar nichts miteinander zu tun hätten“. Weiters bezeichnet die IBÖ *„die FPÖ als ‚ihre Lobby‘ und diese müsse ‚von uns (den Identitären) über Vorabtreffen informiert wurden und im Zuge der Kampagne helfen, politischen Druck auf das Zielsystem (Ministerien, Politiker) aufzubauen‘.“* Ein IBÖ-Kampagnenplan aus 2016 sieht vor, *„dass nach einem erschütternden ‚Anschlag (Terroranschlag, Massenvergewaltigung, Mord, etc.)‘ die etablierten politischen Kräfte in ein ‚Autoritätsvakuum‘ kommen sollen, in das die ‚symbolische Gegenautorität‘, die Identitären stößt.“* *„Ein Umsturzplan?“* fragt der Kurier (7.4.2019).

Wenn jetzt gerade jene von FPÖ-Leuten besetzten Behörden gegen die Identitären vorgehen sollen, heißt das den Bock zum Gärtner zu machen.

Die sog. „Mitte“-Rechtsregierung wird bei jeder Gelegenheit von Industrie und Wirtschaft bzw. deren Dachverbänden und Kammern (Wirtschaftsbund, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Hoteliereinigung, Verband der Immobilienwirtschaft, usw.) gelobt und befeuert. Die Rechten sitzen mitten in den Konzernen und Institutionen, bzw. werden von höchsten Konzern- und Regierungskreisen gefördert und gesponsert. Diese bereiten – wie die Leiterin des BVT-Extremismusreferats im BVT-Ausschuss berichtete, den *„Tag X vor“*. Beim Sturm auf das BVT im Februar 2018 glaubte sie, *„dass der Tag X“ gekommen sei, von dem die Rechten sprechen und an dem sie „zuerst die Staatspolizei und dann die Justiz hängen wollen“* (Kurier, 11. Okt. 2018). Also zuerst einen Putsch gegen das Establishment, um dann als „Anti-Establishment“, als „Erneuerer“ gegen die Masse der arbeitenden Menschen noch direkter, noch diktatorischer mit der ganzen Staatsmacht im Interesse der Reichen und Konzerne vorgehen zu können?

Vieles geschieht schon jetzt, wir sollten die Zeichen sehen. Hetze gegen „Ausländer*innen“, Flüchtlinge, Asylwerber*innen, islamische Mitbürger*innen, Arbeitslose, Notstands- und Mindestsicherungsbezieher*innen, Bettler*innen usw., die angeblich zur Überfremdung und zum Ende des Sozialstaates führen würden. Oder wie Regierung und Industrie propagieren: Schluss mit der „Hetze“ gegen die Reichen, wer wenig verdient ist selbst schuld, mehr „Eigenverantwortung“ würde helfen.

Bedenklich ist auch, wenn Österreichs Bundespräsident Van der Bellen, in seiner Funktion als Oberbefehlshaber des Bundesheeres in seinem Tagesbefehl zum Jahreswechsel 2018/2019 meint, das österreichische Bundesheer sei in einem nicht verfassungskonformen Zustand. Es fehlten dem

Bundesheer die notwendigen Ressourcen, um den *„Schutz der inneren Ordnung des Staates zu gewährleisten und seine Souveränität gegen jede Bedrohung von außen zu verteidigen“* (Kronenzeitung, 22. Dezember 2018). Das spielt der Rechtsregierung direkt in die Hände. Der Applaus von ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek war dem Bundespräsidenten sicher.

Doch was gefährdet die innere Sicherheit?

Sozialabbau und der Umstand, dass Menschen und Menschengruppen gezielt schlecht gemacht, gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt wurden. Fake-News kommen nicht nur aus den sogenannten „sozialen Medien“, sondern vor allem von ganz oben, von höchsten Regierungsstellen, von Industrie- und Medienkonzernen. Die allgegenwärtigen „Terror-Islam-Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer“-

Ablenkungspropaganda dient als Vorwand zum Ausbau des Polizei- und Militärapparates *„zu unserer Sicherheit“*. Es wird suggeriert, Bedrohungen der Demokratie, des inneren Friedens und der vermeintlich europäischen Werte kämen *„von außen“*. Verschleiert soll werden, dass die Ursachen für die Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage im Inneren zu suchen sind. Die unsoziale Politik betrifft hauptsächlich die wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck und Erwerbsarmut stehenden Bevölkerungsschichten, zu denen zwar auch Flüchtlinge gehören, in überwältigendem Ausmaß aber auch *„die Österreicher“*: Es geht um die Einführung von 12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche, es geht um die Zerschlagung der solidarischen Sozialversicherung der Arbeiter*innen und Angestellten und den Zugriff der Unternehmer auf deren Gelder, es geht um die Kürzung von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sowie die Abschaffung der Notstandshilfe, es geht um mehr Geld für Kinder von Besserverdiener*innen und um weniger Geld für Geringverdiener*innen („Familienbonus“), usw. usf.

Weil den arbeitenden Menschen immer mehr genommen wird, deren Wut und Unmut darüber ansteigt, wird der Staats- und Überwachungsapparat ausgebaut, werden rechte und rechtskonservative Parteien gefördert, deren Wahlkampf von der Industrie finanziert und Rechtsextreme im Vorfeld aufgebaut, rekrutiert, einbezogen und gehalten.

FPÖ-Vizekanzler Strache hat zu den „Identitären“-Verstrickungen festgestellt: *„Es gibt den einen oder anderen in unseren Reihen, der Sympathien mit den Inhalten der Identitären hat.“* Die FPÖ ließe sich von niemandem vereinnahmen, gehe ihren *„eigenen patriotischen Weg, wir sind keine Extremisten. Wir*

sind in der Mitte der Gesellschaft, da gehören wir auch hin.“ ÖVP-Bundeskanzler Kurz erklärte daraufhin lobend, „diese Ankündigung und damit Abgrenzung zu den Identitären“ anzuerkennen. (<https://www.krone.at/1898530>, 6.4.2019). Fast idente Wortwahl von FPÖ-Innenminister Kickl: „Wir ... machen ... eine Politik, wo wir den Patriotismus ... ins Zentrum rücken. Dazu haben wir keine Identitären gebraucht und brauchen sie dafür auch jetzt nicht.“ (Österreich, 7.4.2019).

Das heißt im Klartext: man brauche diese Extremisten nicht. Das, was diese seien („Patrioten“ – als solche bezeichnen sich auch die rechtsextremen „Identitären“), sei man ja selbst, so die FPÖ. Das wird somit auch von Bundeskanzler Kurz anerkannt und zeigt wie weit rechts die gesamte Bundesregierung steht.

Deshalb konnte der Anwalt der „Identitären“, Bernhard Lehofer, schon nach dem Grazer Prozess im Sommer 2018 nach deren Freispruch von der Anklage, eine kriminelle Vereinigung zu sein und Verhetzung zu betreiben, frohlockend sagen: „Ich kann partout keinen großen Unterschied zwischen den Aussagen der Identitären und jenen von Kanzler Kurz sehen“. Die Identitären hätten etwa schon vor Jahren die Schließung der Grenzen verlangt, gleiches werde jetzt auch von offizieller politischer Seite gefordert. „Wenn eine Ministerin sagt, der Islam

gehört nicht zu Europa, geht das weit drüber hinaus, was die Identitäten sagen. Aus meiner Sicht unterscheiden sich Kanzler Kurz und Vizekanzler Strache in ihren Äußerungen nicht von dem, was die Identitäten sagen.“ (Standard, 26.7.2018) Die Bevölkerung sieht dies als Bedrohung und will das nicht. So hat am vorläufigen Höhepunkt der Aufdeckungen um die „Identitären“, als Kanzler Kurz davon sprach dagegen durchgreifen zu wollen, eine Umfrage ergeben, dass 82% der Österreicher*innen ein konsequentes Durchgreifen gegen die Rechten begrüßen

würden (Österreich 5.4.2019). Die „Entscheidungssträger“ werden das jedoch nicht wirklich tun wie sich zeigt. Sie wollen nur verschleiern, wie weit rechts sie selbst schon sind, indem sie vorgeben gegen die Rechten vorzugehen. Den Machterhalt mittels schwarzen oder türkisen ÖVP-Koalitionen mit der FPÖ im Bund, in Bundesländern (z.B. Oberösterreich) oder in Städten (z.B. Graz, Wiener Neustadt ...) werden sie nicht ihren Worten opfern.

Diese Aufgabe, den Kampf gegen rechts, müssen die arbeitenden Menschen selbst in die Hand nehmen – gemeinsam mit jenen Teilen in Gewerkschaft und jenen Teilen „ihren“ Parteien, deren Führungen nicht schon selbst nach der FPÖ schielen oder gar – wie im Burgenland – schon mit der FPÖ koalieren, oder auf neuerliche Zusammenarbeit mit der genauso rechts stehenden ÖVP hoffen.

NÖ-Pernkopf disqualifiziert sich selber

Eine unqualifizierte, scharfe Attacke ritt der ÖVP-Recke Pernkopf, seines Zeichens „Landeshauptfraustellvertreter“ in NÖ und seit Anfang April Präsident des NÖ-Bauernbundes bei seiner Wahl gegen die „Methoden“ der NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen). Vor allem stören ihn die verschiedensten Verbote beim Pflanzenschutz! Pernkopf im Originalton: „Unsere Bäuerinnen und Bauern sind keine Versuchskaninchen für irgendwelche NGO-Fantasien.“ In diesen Organisationen würden Spendengelder gesammelt, um dann auf die Bauern hinzuhalten. Und dann Zynismus pur: „Wie wird man in Österreich Experte. Man studiert Theaterwissenschaft und Soziologie und heuert dann bei NGOs an.“ (KURIER vom Sonntag, dem 31.3.2019). Damit liegt Pernkopf auf einer Linie mit der gängigen Politik der Herrschenden in Österreich: Nur ihre Meinung gilt, alle anderen Meinungen sollen ausradiert werden. Aussagen, wie die von Herrn

Pernkopf sind typisch für die derzeitigen Methoden des politischen Establishments in unserem Land: Über alles Drüberfahren. Kritiker sollen kuschen. Pernkopfs Angriff liegt weit unter der Gürtellinie und ist aufs Entschiedenste zurück zu weisen! So nicht, Herr Pernkopf. Wir erwarten eine sachliche Auseinandersetzung mit Achtung gegenüber allen, die so wie Sie, verantwortlich für das Wohl der Bevölkerung handeln! Häme und Herabsetzung vergiften die Atmosphäre, genauso, wie Pflanzenschutzmittel den Boden vergiften können! Die von Herrn Pernkopf so untergriffen kritisierten und als Feinde der Bauernschaft hingestellten NGO's wurden kürzlich in ihren Bemühungen bestätigt, als es ein erstes Urteil gegen Monsanto und Glyphosat gab! Es gibt nur eine Chance auf eine gesunde, gute, Zukunft aller Bewohner unseres Landes, wenn wir gemeinsam ehrlich und mit Respekt voreinander die Probleme angehen und gemeinsam nach Lösungen suchen, ohne dass einer den anderen so heruntermacht, wie es Herr Pernkopf getan hat!

Treten Sie zurück Herr Dr. Pernkopf oder äußern Sie Ihre Meinungen auf zivilisierte Art und Weise!

AKW: Todesgefahr Nachrüstung und Laufzeitverlängerung

125 Atomreaktoren sind in ganz Europa derzeit in Betrieb. Kein AKW ist jünger als 10 Jahre, etwa ein Drittel hat 40 und mehr Betriebsjahre. Trotzdem wollen die AKW-Betreiber die Laufzeiten auf bis zu 60 Jahre erweitern. Geplant waren AKWs auf 25 bis max. 30 Jahre. Laut einer Studie der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ würde keines dieser 125 AKW heute bei einem Neustart überhaupt eine Betriebserlaubnis erhalten. „Jedes Jahr zusätzlichen Betriebs bei einem AKW dieses Alters steigert das Risiko für Störfälle um bis zu 15 Prozent“, warnt der britische Atomphysiker Paul Dorfman. Für den österreichischen Atomexperten Nikolaus Müllner, kann man so alte AKWs gar nicht nachrüsten, „es gibt Grenzen der Nachrüstung. Wir akzeptieren bei alten Anlagen ein höheres Risiko.“ (Zitate aus Kurier, 7.3.2019)

Rund um Österreich stehen viele solcher alten AKWs in Deutschland, der Schweiz, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien. Von den tschechischen AKWs Temelin und Dukovany gehen seit Jahren Gefahren aus, doch Bundespräsident Van der Bellen empfängt „freundschaftlich“ den tschechischen Präsidenten

Zeman. Bei den slowakischen AKWs Mochovce 3+4, die demnächst in Betrieb gehen soll, handelt es sich um oben beschriebene höchst gefährliche „Nachrüstungen“, zudem wurden massive Baumängel bekannt. Doch unsere Regierung wartet auf „Aufklärung“.

Warum sollen Mochovce 3+4 in Betrieb gehen? „Insgesamt 66 Prozent der SE waren im Jahr 2006 von der italienischen Enel für 840 Millionen Euro erworben worden. Der Nettogewinn der Stromwerke erreichte nach der Privatisierung zwischen 2006 und 2014 insgesamt 2,4 Milliarden Euro. Laut dem Privatisierungsvertrag wurden aber bis zur Fertigstellung von Mochovce alle Dividenden-Auszahlungen gestoppt. Enel ist jetzt dabei die SE wieder zu verlassen, seinen Anteil wird nach der Fertigstellung von Mochovce die Energie- und Industrie-Holding (EPH) des tschechischen Oligarchen Daniel Kretinsky übernehmen. Der Staat, der weiterhin 34 Prozent der SE-Aktien hält, schaut seit der Privatisierung nur zu, was in den Stromwerken vor sich geht.“ (Quelle, APA, 10.4.2019). **Das todgefährliche AKW soll in Betrieb gehen, damit die tödlichen Dividenzahlungen wieder fließen!**

AK-Wahl – Ergebnisse und Erfordernisse

Obwohl die AK-Wahl fast totgeschwiegen wurde, haben die arbeitenden Menschen ein klares Zeichen gesetzt. Die Wahlbeteiligung stieg um 4 Prozent und die SP-Gewerkschafter*innen legten bundesweit um 2 Prozent auf fast 61 Prozent zu. ÖVP-, FPÖ- und Grüne Gewerkschafter*innen blieben bei knapp 10, 9 und 8 Prozent.

Das Ergebnis der AK-Wahl zeigt: Die arbeitenden Menschen wollen im Gegensatz zur medial veröffentlichten Regierungspropaganda, dass ihre Interessen stark und offensiv vertreten werden. Die AK ist gestärkt. Aber bloß „Respekt“ von Industrie und Regierung einzufordern, wird zu wenig sein, um die Interessen der arbeitenden Menschen zu schützen. Umso mehr, als Industrie und Regierung immer dann, wenn es um ihren Profit und um ihre Macht geht, der Respekt gegenüber den arbeitenden Menschen völlig

Wurscht ist – siehe 12-Stunden-Tag, siehe Sozialversicherungs-Umbau, wo in Zukunft die Wirtschaftsvertreter über die Gelder der Arbeitenden diktieren, siehe Nichtbezahlung von 43 Millionen Überstunden und vieles mehr, siehe Kürzung von Mindestsicherung und geplante Abschaffung der Notstandshilfe und Kürzung des Arbeitslosenanspruches, siehe Stützung einer rechtskonservativen und rechts-deutsch-nationalen ÖVP-FPÖ-Regierung, in der die FPÖ mit Rechtsextremen verstrickt ist und vieles mehr.

Regierung und Industrie werden nur dann Respekt vor den Institutionen der arbeitenden Menschen (ÖGB, AK) haben, wenn diese kämpfen und die Arbeiter und Angestellten entsprechend und ständig informieren, aufklären und vor allem mobilisieren. Handeln statt verhandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisation, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende